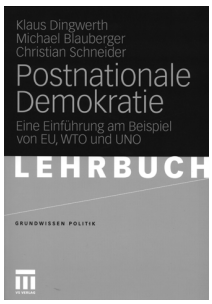
# Demokratisches Regieren auf internationaler Ebene

Johannes Varwick




Klaus Dingwerth/ Michael Blauberger/ Christian Schneider

**Postnationale Demokratie. Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO**

Grundwissen Politik Band 47 Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011, 236 S., 24,95 Euro

Internationalisierung und Globalisierung lassen sich als ein Hinweis auf die sich beschleunigende erdumspannende Vernetzung von Akteuren und Aktionsfeldern verstehen. Dabei sind insbesondere die Problembereiche, die sich nicht (mehr) national bearbeiten lassen, ein zuverlässiger Indikator für den erreichten Stand der Globalisierung.

Welche Wirkungen internationale Organisationen entfalten und wie unter diesen Voraussetzungen demokratisches und effektives Regieren jenseits des Nationalstaates möglich sein kann, gehört zu den offenen Fragen der Politikwissenschaft. Das Lehrbuch von **Klaus Dingwerth**, **Michael Blauberger** und **Christian Schneider** nähert sich dieser Problematik nüchtern und ausgewogen. Im ersten Teil (Kapitel 1 bis 3) werden grundlegende Zusammenhänge zwischen Globalisierung und Demokratie sowie des demokratischen Regierens jenseits des Staates vermittelt. Auf die Unterscheidung von vier Säulen des Regierens jenseits des Staates (intergouvernemental, supranational, transgouvernemental, transnational) folgt ein Kriterienkatalog anhand unterschiedlicher Dimensionen des Demokratiebegriffs wie Teilhabe, Kontrolle und diskursive Qualität. Internationale Politikprozesse, so die Prämisse der Autoren, sind nur dann demokratisch, wenn sie »in angemessenem Umfang inklusiv sind, Mechanismen zur Gewährleistung demokratischer Kontrolle bereitstellen und deliberativ sind« (S. 71). Im zweiten Teil (Kapitel 4 bis 6) wird in drei Fallstudien nach einer einheitlichen Systematik – Entwicklung, Organe und Entscheidungsverfahren, Demokratiebedarf und demokratische Qualität, Reformvorschläge – die demokratische Legitimität der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation und der Vereinten Nationen untersucht. Im dritten Teil (Kapitel 7) werden Möglichkeiten und Grenzen postnationaler Demokratie bewertet.

Mit Blick auf die Vereinten Nationen (die Fallstudien zur EU und WTO werden hier aus Platzgründen ausgeblendet) wird zunächst deren Demokratiebedarf kontrovers diskutiert und dann ihre demokratische Qualität untersucht. Des Weiteren werden die in der Diskussion befindlichen Reformvorschläge vorgestellt: unter anderem Reform des Sicherheitsrats, Parlamentarisierung der UN und Stärkung der Beteiligungsrechte zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Demokratisierung der Vereinten Nationen werde oftmals als Schlagwort verwendet, um Reformvorschläge zu rechtfertigen, die auf die Stärkung bestimmter Gruppen im UN-System abzielten. Andere Reformen würden von mächtigen Staaten behindert, weil sie dadurch einen Machtverlust befürchteten. Teilhabe, Kontrollmöglichkeit und diskursive Qualität der Entscheidungsfindung seien sowohl im Sicherheitsrat als auch in der Generalversammlung zumindest teilweise gegeben, wenn man von den Staaten und nicht den Weltbürgern als Subjekten der UN-Demokratie ausgehe. Der Sicherheitsrat sei dabei problematischer, die Reformen der vergangenen Jahre (unter anderem verbesserte Transparenz) können aber »als erster Schritt verstanden werden, die Arbeitsweise des Rates von einem Klima der Vertraulichkeit nationaler Interessen loszulösen« (S. 189). Zu Recht wird daran erinnert, dass der Rat so konstruiert ist, dass er schnell und effektiv entscheiden kann und diese Entscheidungen von den mächtigen Staaten der Welt mitgetragen werden. »Diese Voraussetzungen widersprechen vielfach den Anforderungen, die Transparenz und Kontrolle an politische Institutionen und die darin agierenden Entscheidungsträger stellen« (S. 209).

Die UN seien weitgehend eine von Staaten dominierte internationale Organisation geblieben. Dies sei auch von den Gründern durchaus so vorgesehen gewesen, und der Anspruch, ein »demokratischer Weltminimalstaat zu sein, wurde in diesem Sinne seit jeher eher von außen an die UN herangetragen« (S. 202). Die UN könnten mithin nicht dem Ideal einer globalen, kosmopolitisch verstandenen Demokratie entsprechen. »Wenngleich auch die UN einen Demokratiebedarf haben, wäre es falsch, sie ausschließlich an ihrer demokratischen Legitimation zu messen« (S. 202). Denn sowohl Demokratisierung als auch die Wahrung des internationalen Friedens als Hauptaufgabe der UN seien zwei berechtigte normative Ziele, die in Konflikt geraten könnten.

Die Politik internationaler Organisationen könne letztlich nur dann demokratisch sein, wenn nicht nur – schwer genug – die jeweiligen Organe inklusiv, rechenschaftspflichtig und deliberativ seien, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, ihre Gesellschaften und die nationalen Parlamente bereit und in der Lage seien, sich der Internationalisierung anzupassen. Die Anpassungsfähigkeit nationaler Politik wird dabei eher kritisch beurteilt.

Demokratisches Regieren jenseits des Staates ist mithin ein vielschichtiges und komplexes Projekt, bei dem Hindernisse und Schwierigkeiten geradezu programmiert sind.